

Na, ja, im Mittelmeer

sieht man sie nicht, da ist noch viel Platz !



Flucht ist kein Verbrechen

**Flucht ist ein
Menschenrecht!**

(wot) Monatelang kamen die Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, aus Afghanistan, Eritrea, Sudan, aus den Kriegsgebieten und Unrechtstaaten über die Türkei und die Balkanroute nach Europa. Ueber Monate hinweg hat entlang dieser Balkanroute ein Land die Flüchtlinge zu Hunderttausenden einfach an das andere weitergereicht. Dann wurde

dieser Fluchtweg gesperrt. Die rechtsnationale Regierung Orban in Ungarn zog die Stacheldrähte hoch, in Oesterreich bezogen Grenzschützer Stellung, Polen, Ungarn, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien liessen keine Flüchtlinge mehr aus Griechenland passieren. Dort strandeten Zehntausende Menschen. Zum wiederholten Mal setzte die mazedonische Polizei an der Grenze zu Griechenland Tränengas ein. Oesterreich, Ungarn und die Balkanstaaten haben im Alleingang und gegen den Willen der Europäischen Union die Festung Europa abgeriegelt.

Doch, Flüchtlinge lassen sich nicht aufhalten. Angst, Not und Verzweiflung führen dazu, dass sie einfach längere und lebensgefährlichere Wege suchen.

Und wieder einmal mehr mehrere hundert Flüchtlinge ertranken im Mittelmeer. Das ist die grausame Quittung für die europäische Flüchtlingspolitik. Es lässt sich nicht anders als so sagen: Die Abschottungspolitik Europas und der schäbige Deal mit der Türkei tragen Schuld an dieser Katastrophe. Es gibt nur einen Weg, das neuerliche Sterben im Mittelmeer zu beenden: Es muss legale Wege für die Flüchtlinge nach Europa geben. Das zwingt die Menschen in Not, nicht länger ihr Leben miesen Schleppern zu verkaufen. Europa, und da ist auch die Schweiz inbegriffen, darf nicht zusehen, wie an seinen Grenzen immer wieder Menschen sterben. Es ist himmeltraurig, wenn man daran denkt, wie einfach der Tod der Flüchtenden im Mittelmeer vermeidbar gewesen wäre. Weg mit einer Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung und Abschottung setzt, die Flüchtlinge kriminalisiert und diffuse Aengste schürt.

Flüchtlinge retten – Waffenexporte stoppen!



(wot) Die Welt scheint wieder einmal aus den Fugen zu geraten. Kriege und Konflikte nehmen weltweit zu, überall wird massiv aufgerüstet. Durch den Krieg in der Ukraine droht ein neuer West-Ost-Konflikt. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil davon kommt nach Europa. Doch eine der reichsten Regionen auf diesem Planeten zeigt sich nicht willig, will mit den verheerenden Folgen dieser weltweiten Krisen und Kriege keinen humanitären Umgang finden. Der Krieg ist eine der zentralen Fluchtursachen.

Und wegen des Krieges in Jemen hat die Schweizer Regierung 2015 ein Moratorium für den Export von Rüstungsgütern für die Golfregion verlängert. Nun haben sich anscheinend Gesuche nach Saudi Arabien, Katar, Bahrain oder in die Vereinigten Arabischen Emirate bei der Bewilligungsbehörde (Seco) gestapelt. Jetzt hat der Bundesrat dem Druck der Wirtschaft nachgegeben und Rüstungsexporte im Werte von 178 Millionen Franken bewilligt.

Für die Fürsten galten die Gesetze noch nie. An Gesetz und Moral muss sich nur der Pöbel halten. So will es unser Gott, das Kapital

Wer waren wohl die Gehilfen von Bundesrat Schneider-Ammann bei diesem kriegerischen Geschäft ? Dreimal raten ! Eigentlich müsste doch dieser Deal mit Saudi Arabien, ein Land mit dem strengen wahabitischen Islam bei den abendländischen Kreuzrittern der Schweizerischen Volkspartei ein Schrei der Empörung auslösen. Eigentlich müsste ja dieser Deal mit den Saudis, die keine islamischen Glaubensbrüder als Flüchtlinge aufnehmen will, aufgehoben werden, aber immer heisst es, man muss den Flüchtlingen vor Ort helfen. Wichtiger und sinnvoller sei es, das Flüchtlingselend an den Wurzeln bekämpfen. Gleichzeitig schickt man Waffen und Munition in eine Region, wo man genau weiss, dass sie in falsche Hände geraten. Wegen seines Ölreichtums ? Letztlich eine verlogene Haltung. Die Kriegsmaterialausfuhr ist eine Schande für das Rotkreuz-Ursprungsland Schweiz. Einmal mehr ertönt auch wieder die alte Leier vom Verlust von Arbeitsplätzen. Obwohl gleichzeitig zuhauf Arbeitsplätze abgebaut werden oder Betriebe ins Ausland verlegt oder verkauft werden. Die Schweizer Rüstungsindustrie hatte jahrelang Zeit auf zivile Güter umzustellen. Sie tut es nicht, sie bevorzugt das Geschäft mit dem Tod.



Alle nach rechts ?

(wot) Was ist denn politisch rechts und was ist links ? In der ersten Parlamentsversammlung der französischen Revolution sassen die Royalisten ganz rechts, die Republikaner ganz link und in der Mitte die bürgerlich-liberalen. In der Schweiz werden auch heute noch die politischen Richtungen ähnlich zugeordnet und an dieser Sitzordnung hat sich bis heute nicht viel verändert. Ganz grob will das heissen von rechts nach links: Eidgenössische Demokratische Union EDU, Lega, Ticinesi, Schweizerische Volkspartei SVP, Freisinnig-Demokratische Partei/die Liberalen FDP, Bürgerlich-Demokratische Partei BDP, Christlich-Demokratische Partei CVP, Grünliberale Partei GLP, Evangelische Volkspartei EVP, Christlich-soziale Partei CSP, Sozialdemokratische Partei SP, Grün Partei, Partei der Arbeit PdA.

Wer **politisch rechts** steht, ist der Ueberzeugung, dass der Staat weniger gut mit Geld umgehen kann und deshalb möglichst viel Geld bei den Bürgern bleiben sollte, die es sinnvoller einsetzen. Das Steuergeld soll auch so ausgegeben werden dass es vorrangig nationalen Interessen dient.

Wer **politisch links** steht, ist eher der Ueberzeugung, dass in der Demokratie der Staat gut mit seinem Geld umgehen kann und deshalb viel Geld umverteilen und ausgeben sollte. Der Staat erhält von dem in der Volkswirtschaft erwirtschafteten Geld und steckt es in staatliche Angebote (z.B. Sozialleistungen, Bildung usf.) für die Bürger, Er ist in der Regel geneigter "internationale Solidarität" zu zeigen.

Seit den Parlamentswahlen im, letzten Herbst hat sich die politische Landschaft in der Schweiz, wenn auch nicht gewaltig, so doch eindeutig nach rechts verschoben. Die SVP und die FDP haben gesamtschweizerisch eindeutige Gewinne erzielt. Die SVP neu mit 29,4 % Wählerstimmen und der Freisinn mit 16,4 % haben nun zusammen 45,8 % der Wählerstimmen. Damit ist die Schweiz, wie einige andere europäischen Demokratien, nach rechts gerutscht. Doch vor allem ist dabei zu beachten, dass innerhalb des liberal-konservativen Rutsches, die Nationalisten haushoch gewonnen haben. Das ist vor allem beachtenswert, weil diese noch nie etwas Positives zustande gebracht haben.

Das Schlagwort heisst vor allem Populismus. Man stellt sich gegen das Fremde, Flüchtlinge, Islam, usw. und natürlich gegen das Establishment. das heisst gegen Bern oder Brüssel. Der Aufstieg der Rechten erfolgt auch parallel zur europäischen Integration. Angst vor dem Verschwinden des Nationalstaates ?

Und so funktioniert der neue Pakt

Die WAK (Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates) schlägt vor: Die Schweiz will mit der Unternehmenssteuerreform III international verpönte Steuerprivilegien abschaffen. Damit Firmen deswegen nicht abwandern, sollen sie neue Steuererleichterungen bekommen, zum Teil auf Kosten der Bundeskasse.



- Die WAK will die vollständige Abschaffung aller Stempelabgaben, um die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes zu gewährleisten. Finanzielle Einbusse für den Bund: zwei Milliarden Franken.
- Die bürgerliche Mehrheit der WAK hält stur an der reduzierten Dividendenbesteuerung von 50 % fest, der Bundesrat hatte 70% vorgeschlagen.
(Zusammensetzung der WAK: SVP 8, FGDP 5, CVP 4, SP 5, GLP, BDP und <Grüne je 1 Sitz)
- Der Nationalrat beschliesst: Die Bauern sollen ein Steuergeschenk erhalten. Gewinne aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken müssen nicht mehr voll versteuert werden. Dieses Geschenk an die Bauern, die ihr Land abstossen, kostet die Allgemeinheit jährlich 200 Mio bei der Bundessteuer und rund 200 Mio bei der AHV.
- Der Ständerat hat eine Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta (schon lange vom Bundesrat unterzeichnet) abgelehnt.
- usf. usf

Iskra meint: Nur ein einziges Land hat weniger Schulden als die Schweiz: Norwegen. Es besteht kein Grund, bei der Bevölkerung zu sparen und die Unternehmenssteuern zu senken. Will man noch mehr ausländische Firmen anlocken? Wo sind da die Gegner der Ueberfremdung?



Und nun kommt noch das grosse „*Ungewisse“: Wo positioniert sich die CVP? Bleibt sie in der Mitte wie bisher? Oder wie weit driftet sie nach rechts? Wieviel Substanz hat diese CVP noch in ihren Reihen, nachdem der rechte Rand, die katholisch-konservativen Wähler in den letzten Jahren zur SVP abgewandert ist? Der neue Präsident, der Zuger Gerhard Pfister, einer ihrer Reaktionärsten Politiker - gesellschaftspolitisch erzkonservativ und wirtschaftspolitisch neoliberal - tendierte schon immer für eine stärkere bürgerliche Zusammenarbeit. Auch das Vizepräsidium der Partei, die Luzernerin Ida Glanzmann und der Walliser Yannick Buttet politisieren auf dem rechten Flügel der Partei. Wo sind denn ihre liberal-sozialen Kräfte?

Mit der Heirat von Neoliberalismus und rechtem Populismus wird es in der Schweiz saukalt werden

Moment

Luzerner Köpfe (1)



Walter Stierli unterstützt als FCL-Ehrenpräsident mit einem Inserat in der NLZ den SVP-Kandidaten für den Stadtrat (siehe Bild links).

Iskra fragt sich: *WER* wünscht sich **WAS** zum kommenden Wochenende ? Der **FCL** Ehrenpräsident einen Sitz für seine Partei in der Stadtregierung, Die **FCL** Fans drei Punkte in der Meisterschaft gegen Lugano.

Moment

Luzerner Köpfe (2)

„Zentralplus“ das Online-Magazin für Luzern und Zug befragte den Luzerner Stadtpräsidenten Stefan Roth: „Werden sie dieses Jahr, nach der letztjährigen Reise nach Moskau wieder eine solche Reise unternehmen? Ja, ich werde Ende März als Verwaltungsrat von Luzern Tourismus für neun Tage nach China reisen, um Reiseveranstalter zu besuchen, die chinesische Touristen nach Luzern bringen.



*“ Es ist nicht genau definiert, was Tourismus ist“
(Neue Luzerner Zeitung, 7. April, 2016) sagt Stadtpräsident
Roth im Zusammenhang mit neuen Ladenöffnungszeiten.*

Iskra meint: *Ganz sicher aber Reisen des Stadtpräsidenten nach Moskau und China ?*

Moment

Luzerner Köpfe (3)



Peter With, heute Stadtratskandidat der SVP, meinte am 26.07. 2008 zur Fusion der Gemeinde Littau mit Luzern;“ Wir werden künftig von Luzernern regiert, die man bestenfalls aus der Zeitung kennt. Oder welcher Littauer kennt schon einen Luzerner Grossstadtrat persönlich ?“

Iskra fragt: Regiert künftig ein Littauer in Luzern ? Welcher Luzerner kennt schon einen Littauer Stadtrat persönlich ?

